

SAGEN SIE UNS IHRE MEINUNG!

Gibt es etwas, das Sie uns mitteilen möchten? Dann schreiben Sie uns, rufen Sie uns an oder kommen Sie in unsere Sprechstunde! Hier können Sie uns erreichen:

SPD-Fraktion in der BVV von Friedrichshain-Kreuzberg
Yorckstraße 4–11, 10965 Berlin, Raum 1048
Sprechstunden: Montag bis Donnerstag 15:30 bis 17 Uhr
Tel.: 030 90298 2451



Sebastian Forck, Fraktionsvorsitzender
E-Mail: sebastian.forck@spdfraktion-xhain.de
Tel.: 0160 901 838 57



Hannah Lupper, Mitglied im Verkehrsausschuss
E-Mail: hannah.lupper@spdfraktion-xhain.de



Sevim Aydin, stellv. Fraktionsvorsitzende
E-Mail: sevim.aydin@spdfraktion-xhain.de
Mobil: 0178 358 7262

WEITERLESEN ...

... können Sie auf unserer Internetseite, auf der wir Sie mit aktuellen Berichten zu unserer Arbeit im Bezirksparlament auf dem Laufenden halten. Dort können Sie sich auch für den monatlich erscheinenden Newsletter der SPD-BVV-Fraktion anmelden.
spd-friedrichshain-kreuzberg.de/category/fraktion/

Impressum: SPD-Fraktion in der BVV Friedrichshain-Kreuzberg, ehem. Rathaus Kreuzberg, Yorckstraße 4-11, 10965 Berlin (Raum 1048). V.i.S.d.P.: Sebastian Forck. Redaktion: Carl-Friedrich Höck. Diese Veröffentlichung dient der Information über die Arbeit der SPD-BVV-Fraktion. Sie darf nicht zum Zweck der Wahlwerbung eingesetzt werden.

BVV-Fraktion
Friedrichshain-Kreuzberg

SPD

FRAKTION
AKTUELL

Nachrichten aus der BVV / Ausgabe Kreuzberg, Dezember 2019

FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG BALD MODELLBEZIRK FÜR TEMPO 30?



Das Bezirksamt soll für alle Straßen, für die es selbst verantwortlich ist, Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit ausweisen. Das fordert die SPD-Fraktion mit einem Antrag. Von der Regelung ausgenommen werden sollen diejenigen Straßen, für die bereits ein geringeres Tempolimit gilt.

Darüber hinaus soll der Bezirk mit der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz Verhandlungen aufnehmen, damit auch auf allen übergeordneten Straßen eine Höchstgeschwindigkeit von maximal 30 km/h angeordnet wird, heißt es im Antrag weiter.

Vorteile von Tempo 30: Der Verkehr fließt in der Regel flüssiger und es werden weniger Schadstoffe ausgestoßen. Die Sicherheit von Zufußgehenden wird erhöht. Die Senatsverkehrsverwaltung hat Forderungen der BVV, auf besonders problematischen Straßen (wie etwa der Boxhagener) Tempo 30 einzuführen, in der Vergangenheit immer wieder als unbegründet zurückgewiesen. Nun stellt die SPD-Fraktion die Grundsatzfrage. „Geschwindigkeitsreduzierungen sind unabdingbarer Teil der Verkehrswende“, heißt es in der Antragsbegründung.

VORKAUFRECHT FÜR GENOSSENSCHAFT "DIESE EG" WIRFT FRAGEN AUF

Das bezirkliche Vorkaufsrecht für Häuser in Milieuschutzgebieten ist ein wichtiges Instrument, um Mieter*innen vor Immobilienspekulation und Verdrängung zu schützen. Wie Baustadtrat Florian Schmidt es handhabt, wirft allerdings Fragen auf. Schmidt hat das Vorkaufsrecht sechs Mal zugunsten der Genossenschaft Diese eG ausgeübt. Die Genossenschaft war eingesprungen, weil den landeseigenen Wohnungsunternehmen die aufgerufenen Preise zu teuer waren, um sie mit sozialverträglichen Mieten refinanzieren zu können.

Nur: Was passiert, wenn die Diese eG sich beim Kaufpreis übernimmt? Genau das ist nun offenbar geschehen. Der Tagesspiegel berichtet, dass der Verkäufer eines Hauses in der Rigaer Straße sechs Millionen Euro vom Bezirk fordert. Denn der müsse dafür haften, dass die Diese eG den Kaufpreis nicht bezahlt habe. Hintergrund: Schmidt will den Vorkaufsbescheid aufheben. Die Sanierungskosten seien höher als zunächst angenommen, lautet seine Begründung.

Dass der Bezirk in solchen Fällen womöglich Schadenersatz leisten muss, hat Florian Schmidt in der Vergangenheit bestritten: Das Bezirksamt sehe keinerlei Risiken, sollte die Genossenschaft ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Im Rahmen einer Großen Anfrage (eingebracht von der FDP-Gruppe) hat er diese Rechtsauffassung nun noch einmal bekräftigt.

„Wir sind in einer verzwickten Situation“, kommentierte der SPD-Fraktionsvorsitzende Sebastian Forck den Vorgang. Es gebe unterschiedliche Rechtsauslegungen. „Ich fordere das Bezirksamt auf, mit der Bezirksaufsicht und dem Rechnungshof proaktiv nach vorne zu gehen und prüfen zu lassen: Was könnte passieren und welche Kosten könnten somit auf den Bezirk zukommen?“

Sollte der Bezirk am Ende tatsächlich für das Agieren des Baustadtrats haften müssen, könne der gerade beschlossene Haushalt nicht mehr umgesetzt werden. Personal einstellen, die Schulreinigung verbessern, Sanierungsprojekte vorantreiben – all diese Vorhaben lägen dann auf Eis. Deshalb müsse nun schnell Klarheit geschaffen werden, um die notwendigen Konsequenzen aus dem Handeln von Florian Schmidt ziehen zu können. Wer dem Bezirk einem solchen finanziellen Risiko aussetze, müsse sich auch selbst fragen, ob man der Richtige für den Job des Stadtrates ist.

Die Unsicherheit belaste vor allem die Menschen, die in den betroffenen Häusern wohnen, betonte Forck. „Die Leidtragenden sind die Mieterinnen und Mieter.“ Sie fürchten nicht nur, aus ihren Wohnungen verdrängt zu werden. Viele von ihnen haben sich auch mit hohen Beträgen in die Genossenschaft eingekauft. Ein Wagnis, wie sich nun zeigt. „Wir müssen alles tun, um diesen Menschen wieder Sicherheit zurückzugeben“, sagte Forck – auch an Bezirksamt und Senat gerichtet. Wenn Menschen sich nach Versprechungen des Baustadtrates auf eine Reise machen, müssten sie sich darauf verlassen können, dass die Politik sie nicht im Regen stehen lässt. Immerhin: Wie die Morgenpost berichtet, ist die Diese eG vorerst gerettet. Das Land Berlin bezuschusst den Kauf mehrerer Häuser. Ausgenommen ist das besagte Haus in der Rigaer Straße.

SPD-FRAKTION WILL HARTE SANKTIONEN FÜR JUNGE ALG II-BEZIEHER*INNEN ABWENDEN

Das Bezirksamt und das Jobcenter Friedrichshain-Kreuzberg sollen sich dafür einsetzen, dass schnell geklärt wird, welche Auswirkungen das jüngste Verfassungsgerichtsurteil zur Sanktionierung von Hartz IV-Bezieher*innen auf den Umgang mit Unter-25-Jährigen hat, fordert die SPD-Fraktion. Junge Erwachsene müssen nach bisheriger Praxis mit besonders harten Sanktionen rechnen, wenn sie beispielsweise gegen Meldepflichten verstoßen. Die sozialdemokratischen Bezirksverordneten gehen davon aus, dass diese Praxis nach dem Gerichtsurteil abgeschafft werden muss. Das schafft Spielräume für bessere Lösungen. Der SPD-Antrag fordert das Bezirksamt zudem auf zu prüfen, ob Sanktionen vermieden werden können, indem das Jobcenter das Jugendamt hinzuzieht, bevor es Strafmaßnahmen ausspricht.

Das Bundesverfassungsgericht hat die bisherigen Sanktionen beim Bezug von ALG II für teilweise verfassungswidrig erklärt. Als Übergangsregelung gilt nun, dass Jobcenter die Leistungen nur noch um maximal 30 Prozent kürzen dürfen. Auch müssen die Sanktionen beendet werden, wenn der oder die Betroffene die Pflichten wieder erfüllt. Das Urteil wird auch im Jobcenter Friedrichshain-Kreuzberg umgesetzt, wie Sozialstadtrat Knut Mildner-Spindler (Die Linke) auf Anfrage der SPD-Verordneten Sevim Aydin erklärte. Alle Sanktionen – auch die für Unter-25-Jährige (§31a 2 SGB II) – würden ausgesetzt, bis die Bundesagentur für Arbeit neue Weisungen erteilt. Im Bezirk seien circa 200 Fälle betroffen, bei denen die Leistungen über 30 Prozent hinaus gemindert worden sind.